Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/629

21. 07. 87

Antrag

der Fraktion der SPD

Irakisch-iranischer Krieg

Seit 1980 dauert der Krieg zwischen dem Iran und dem Irak. Die Menschenopfer, die er gefordert hat, gehen in die Hunderttausende. Schätzungen besagen, daß auf iranischer Seite etwa 250 000 Menschen getötet und fast 500 000 verwundet worden sind; die irakischen Verluste sollen sich auf 100 000 Tote und 150 000 Verwundete belaufen. Nach Angaben des Internationalen Roten Kreuzes befinden sich über 70 000 Iraker in iranischer Gefangenschaft, die Gegenseite soll mehr als 15 000 Iraner interniert haben. Die Zivilbevölkerung ist in militärische Aktionen bewußt hineingezogen worden. Sie hat schwer unter dem Krieg gelitten. Die Zahl der Toten, Verwundeten, Flüchtlinge und Ausgebombten ist unbekannt.

Experten haben geschätzt, daß beide Seiten insgesamt 500 Milliarden US-Dollar für den Krieg ausgegeben haben. Die Zerstörungen durch den Krieg sind noch nicht abschätzbar. In zunehmendem Maß sind auch Angehörige und Schiffe dritter Staaten dem Krieg im Golf zum Opfer gefallen.

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag verurteilt

- die Eröffnung der militärischen Feindseligkeiten durch den Irak im Jahr 1980,
- den Einsatz chemischer Waffen durch den Irak,
- den Fronteinsatz von Kindern und die Bombardierung der Zivilbevölkerung durch den Iran und den Irak,
- die Zurückweisung aller Waffenstillstandsangebote von 1981 bis heute durch den Iran,
- die Zurückweisung aller Verhandlungsvorschläge, insbesondere der Palme-Mission, der UNO und der Konferenz der Blockfreien, durch den Iran bis heute.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- verstärkt gegenüber den Regierungen des Iran und des Irak für eine friedliche Beendigung des Krieges einzutreten. Die iraki-

sche Aggression gibt dem Iran nicht das Recht, den Krieg ohne erkennbaren Verhandlungswillen über seine Landesgrenzen hinaus bis zum totalen Sieg über den Gegner fortzusetzen,

— auf der Grundlage des Kriegswaffenkontrollgesetzes und des Außenwirtschaftsgesetzes sicherzustellen, daß an die kriegführenden Staaten aus der Bundesrepublik Deutschland keine Kriegswaffen, Ausrüstungs- und Rüstungsgüter geliefert werden und auch die Lieferung von dazugehörigen Ersatz- und Verschleißteilen nicht genehmigt wird,

— dem Verbot des Kriegswaffenkontrollgesetzes, Waffen und Munition auf Schiffen und Flugzeugen der Bundesrepublik Deutschland in das Kriegsgebiet zu befördern, Geltung zu verschaffen,

— in Zusammenarbeit mit den Behörden der Bundesländer und ausländischer Staaten die Bekämpfung des illegalen Waffenhandels mit den kriegführenden Staaten zu intensivieren,

— einen Appell an alle Staaten mit der Aufforderung zu richten, den Export von Kriegswaffen in den Iran und den Irak sofort einzustellen,

— im Rahmen der europäischen politischen Zusammenarbeit für folgende Forderungen an die kriegführenden Parteien einzutreten:

  — vollständiger und umfassender Rückzug auf die international anerkannten Grenzen,
  — sofortiger Verzicht auf chemische Waffen,
  — sofortiger Verzicht auf den Einsatz von Kindern,
  — Austausch der Gefangenen,
  — Abschluß eines Friedensvertrags unter Berücksichtigung der Entschädigung für die verursachten Zerstörungen,
  — Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des jeweils anderen Staates,

— mit Hilfe der europäischen politischen Zusammenarbeit im internationalen Rahmen darauf hinzuwirken, daß sich weder die USA noch die UdSSR im irakisch-iranischen Krieg direkt oder indirekt militärisch engagieren,

— gegenüber der iranischen und irakischen Regierung auf die Einhaltung der Menschenrechte zu drängen. Es muß insbesondere darauf hingewirkt werden, daß im Iran die Verfolgung der Bahai's unterbleibt. Die Entwicklung im Iran gibt erneut zu ernsten Besorgnissen Anlaß,

— dem Deutschen Bundestag bis zum 1. Oktober 1987 über die eingeleiteten Maßnahmen Bericht zu erstatten, insbesondere darüber zu berichten, in welchem Umfang Lieferungen von militärischer Bedeutung an kriegführende Staaten aus der Bundesrepublik Deutschland erfolgt sind.

Bonn, den 21. Juli 1987

Dr. Vogel und Fraktion

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333